



Corona-Wirtschaftskrise lässt Strompreise kräftig steigen

Planwirtschaft

NAEB 2009 am 26. April 2020

Die BRD-Wirtschaft wurde durch den Freiheitsentzug der Bevölkerung, der nach Meinung der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie alternativlos sei, weitgehend lahmgelegt. Damit ging auch der Energieverbrauch in der BRD stark zurück, denn die größten Abnehmer, die Industriebetriebe, stehen weitgehend still.

So steigt der Anteil des teuren Stroms aus Wind, Sonne und Biomasse, weil dieser Strom weiterhin bevorzugt nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) eingespeist werden muss. Der kostenpflichtige Export von Stromüberschüssen zu negativen Börsenpreisen nimmt zu. Bereits in 2021 wird es empfindliche Strompreiserhöhungen geben. Mit Fortführung der Energiewendepolitik werden die Preise noch schneller steigen.

Die Stromversorgung in der BRD

Die BRD hat, grob zusammengefasst, zwei Stromerzeugungsbereiche, die beide etwa gleich viel installierte Leistung von 100.000 Megawatt (MW) umfassen: Dampfkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen, deren Produktion regelbar ist, und Wind- und Solaranlagen, die Strom wetterabhängig erzeugen. Ein großes Kraftwerk leistet 1.000 MW, ebenso 500 Windturbinen mit 2 MW oder 10 Millionen Quadratmeter (10 km²) Fotovoltaik-Module. Die Investitionen für 1 MW betragen ca. eine Million Euro, unabhängig von der Erzeugungsart.

Die BRD braucht je nach Tageszeit und Wochentag eine Leistung von 40.000 bis 85.000 MW. Die Dampfkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen liefern jederzeit eine gesicherte Leistung von bis zu 90.000 KW für von 3 Cent/Kilowattstunde (Ct/kWh) von Kern- und Braunkohle- und 5 Ct/kWh von Steinkohlekraftwerken.

Die Stromerzeugung in Gaskraftwerken kostet etwa 7 Ct/kWh. Die Leistung der Wind- und Solaranlagen schwankt wetterbedingt zwischen 0 und 60.000 MW um einen Mittelwert von ca. 20.000 MW. Die Vergütungskosten nach dem EEG liegen bei etwa 12 Ct/kWh.

Nach diesen Werten ist es wirtschaftlicher und technischer Unsinn, mit teurem und wetterabhängigem Wind- und Solarstrom ein Industrieland wie die BRD versorgen zu wollen. Es müssen immer Regelkraftwerke die wetterbedingten Schwankungen und den Fehlbetrag ausgleichen. Bei nächtlicher Flaute sind es 100 Prozent.

Das verursacht zusätzliche Kosten in Milliardenhöhe pro Jahr. Ohne Dampfkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen ist keine sichere Stromversorgung möglich. Windstrom und Solarstrom sind zweitklassig. Sie sind weniger wert und können nur in ein stabiles Netz eingespeist werden. Der Stromverbraucherschutz NAEB bezeichnet diesen unzuverlässigen und teuren Strom als Fakepower.

Ausbau von Fakepower-Anlagen soll weiter gehen

Doch die Bundesregierung und die sie stützenden Parteien wollen trotz dieser eindeutigen Daten die BRD weitgehend mit Fakepower versorgen. Sie glauben, so das Klima "retten" zu können. Aber das Erzeugen von Fakepower ist deutlich teurer. Daher muss sie subventioniert werden. Dazu dient das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das eine feste und lukrative Vergütung für die Fakepower-Erzeuger festlegt und ihnen eine bevorzugte Netzeinspeisung garantiert. Die Vergütung liegt weit über den Börsenpreisen.

Über die Strombörse gelieferte und bezogene Fakepower muss zu Dumpingpreisen abgegeben werden. Die Dumpingkosten, also die Differenz zwischen Vergütung und Börsenpreis muss der Endverbraucher als EEG-Umlage bezahlen. Je niedriger der Börsenpreis, umso höher die Umlagekosten. Der Verbraucher zahlt also immer die vollen Vergütungskosten aus Börsenpreis plus EEG-Umlage.

Ein Stromüberschuss muss, um eine Netzüberlastung zu vermeiden, exportiert werden. Es gibt keine wirtschaftlichen und ausreichend große Speicher, es wird auch keine geben. Der Export ist teuer. Bei Stromüberschuss wächst die Zuzahlung, bis sich Abnehmer finden. Die Abnehmer erhalten diesen Strom umsonst oder mit einem Geldgeschenk auf Kosten der zahlenden Stromkunden. Negative Strompreise bedeuten also, dass die den Stromverbrauchern aufgezwungene EEG-Umlage die Vergütungskosten für die Stromerzeuger sogar noch übersteigt.

Corona-Krise vergrößert Stromüberschüsse

Die von der Bundesregierung verordneten Freiheitsbeschränkungen haben den Energieverbrauch stark reduziert. Das niemals bedarfsgerechte Erzeugen von Fakepower bleibt unberührt. Damit ist der relative Anteil an Fakepower deutlich gestiegen. Umwelt- und Klimaschützer müsste das freuen.

Doch bei Starkwind und Sonnenschein kommt es immer häufiger zu einem Stromüberschuss, der exportiert werden muss, um eine Netzüberlastung zu verhindern. Oft Pumpspeicherwerke in Österreich Abnehmer für diesen überflüssigen Strom. Mit dem unter Zuzahlung gelieferten Strom wird Wasser in die Oberbecken gepumpt. Bei Dunkelflaute wird dann der Strom zu guten Preisen in die BRD exportiert.

Der höhere Anteil an teurer Fakepower und die negativen Börsenpreise führen zu einem deutlichen Anstieg der Strompreise für den Endverbraucher. Nach Angaben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 15. April 2020 unter der Überschrift "Der niedrige Strompreis treibt die Kosten" [2] gab es bis Mitte April bereits 147 Stunden mit negativen Strompreisen. Im gesamten Jahr 2018 waren es 134 Stunden und im vergangenen Jahr 211 Stunden. In diesem Jahr dürfte sich die Zahl wohl verdoppeln.

Es nutzt wenig, Windgeneratoren anzuhalten, wenn Stromüberschuss erzeugt wird. Die Betreiber erhalten dann nach dem EEG eine Ausfallentschädigung von 90 Prozent der Vergütungskosten, die bei einer Einspeisung fällig würden. Über die EEG-Umlage wird Phantomstrom finanziert.

Für neuere Anlagen gibt es keine Ausfallentschädigung mehr, wenn die Negativpreise über einen Zeitraum von mehr als 6 Stunden registriert werden. Für die Betreiber könnte es ein schlimmes Erwachen geben, wenn sie bei Starkwind, also zu Zeiten der höchsten Windträge keine Vergütung mehr bekommen. Auch hier bahnen sich Insolvenzen an.

Die Abrechnung dieses Dumping und der Ausfallentschädigungen nehmen die vier Übertragungsnetzbetreiber vor. Sie erhalten die EEG-Umlage und zahlen die Vergütung an die Fakepower-Betreiber. Das EEG-Konto hatte in den letzten drei Jahren zu diesem Zeitpunkt ein Plus von 5 bis 6 Milliarden Euro.

Aber erstmalig wurde im März 2020 weniger an Umlage eingenommen als an Vergütungen ausgezahlt. Der Kontostand ist bereits jetzt auf 1,9 Milliarden

Euro gesunken und dürfte in den nächsten Monaten in den Minusbereich geraten, wenn die Wirtschaft weiter lahmgelegt bleibt. Damit ist ein kräftiger Anstieg der EEG-Umlage zu erwarten. Abhilfe kann nur ein Ende der Energiewendepolitik bringen. Doch mit jeder weiteren Fakepower-Anlage steigen die Kosten noch schneller. Soll das so sein?

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-Medical-19

[2] <https://zeitung.faz.net/faz/wirtschaft/2020-04-15/der-niedrige-strompreis-treibt-die-kosten/448639.html>

Es wird Zeit, die Beschränkung der Grundrechte zu lockern! - Alexander Gauland

23. April 2020 | AfD-Fraktion Bundestag
www.youtube.com/watch?v=sMFcqK56dAM

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

